



Rechtspopulismus: Herausforderung für Wirtschaft und Beschäftigte - Interview mit Nele Techen und Heiko Kretschmer, *Vorwärts*, Mai 2024

Kai Doering, *Vorwärts*: In wenigen Monaten wird in drei deutschen Bundesländern, in Thüringen, in Brandenburg und in Sachsen, gewählt. In allen drei Bundesländern steht in Umfragen seit Monaten die AfD an der Spitze. Davor findet noch im Juni die Europawahl statt. **Die AfD spricht im Wahlkampf offen von einem „Dexit“, also von einem möglichen Austritt** Deutschlands aus der Europäischen Union. Was all das bedeutet, für die Unternehmen, für die Betriebe, wollen wir heute besprechen mit zwei Vertretern, die sich da sehr gut auskennen in ihrem jeweiligen Bereich. Bei uns ist Nele Techen, die stellvertretende DGB-Vorsitzende Berlin-Brandenburg, und Heiko Kretschmer, Unternehmer und Schatzmeister des SPD-Wirtschaftsforums. Da wir uns schon eine Weile kennen, haben wir uns darauf geeinigt, dass wir beim Du bleiben. Deshalb erst mal herzlich willkommen euch beiden. Schön, dass ihr da seid.

Ich habe in den verschiedenen Bereichen einmal nach Zitaten gesucht für unser heutiges Gespräch. **Jasmin Fahimi**, die DGB-Vorsitzende, hat vor ein paar Monaten gesagt: Die AfD ist der Feind der Arbeiter. Dazu passt, dass der BDA-Präsident **Rainer Dulger** vor einiger Zeit gewarnt hat, die AfD würde großen Schaden anrichten, wenn sie in Regierungsverantwortung kommen würde. Das sind ja sehr deutliche Worte. Ich denke, das zeigt auch die Nervosität. Wie groß ist denn die Sorge bei euch beiden vor den anstehenden Wahlen in diesem Jahr?

Nele Techen, stellvertretende Bezirksvorsitzende DGB Berlin-Brandenburg: Erst einmal herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, dass wir hier gemeinsam dazu ins Gespräch kommen, denn das Thema ist schon sehr besorgniserregend. Und das ist es nicht irgendwie ad hoc seit vergangenem Jahr, sondern das ist eine Entwicklung über mehrere Jahre. Sei es mit Pegida, da ist es gestartet und danach ging es weiter hoch. Und da sind natürlich auch die Ergebnisse der vergangenen Landtagswahlen in Hessen und auch die Prognosen für die bereits genannten Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. **Die sind schon besorgniserregend.** Wir gucken, dass wir mit unserer Kraft als DGB und zusammen mit unseren Mitgliedsgewerkschaften etwas tun können. Denn natürlich haben wir als Ziel, dass demokratische Parteien regieren. Und das, was Du eben schon skizziert hast, was die AfD in ihrem Programm hat, sei es für die Bundestagswahl, aber auch für die Landtagswahlen steht dem entgegen, was zugunsten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist.

Doering: Wie sieht das bei den Arbeitgebern aus?

Heiko Kretschmer, Schatzmeister des SPD-Wirtschaftsforums: Ganz generell muss man sagen, **wir stehen wahrscheinlich vor der größten Herausforderung in der Demokratie seit**

'45. Mein Eindruck ist, dass es so auch in ganz vielen Unternehmen angekommen ist. Es gab ja viele Jahre lang auch in den Unternehmen immer die Haltung, dass man sich in politischen Fragen neutral verhält. Und ich glaube, es ist verstanden worden, dass das jetzt nicht mehr so ohne weiteres möglich ist, denn mit dem, was stattfindet und was in Gefahr gerät, kommt sowohl die Gesellschaft in schwieriges Fahrwasser kommen kann – teilweise auch schon ist – als auch die Wirtschaft. Die Warnungen mit **Blick auf die EU** wurden bereits erwähnt. Zum ersten Mal wird es vermutlich möglich sein, dass nicht mehr eine Mehrheit der Mitte über die verschiedenen Parteienfamilien hinweg gebildet wird, sondern dass **theoretisch auch eine Mehrheit rechts der Mitte möglich** ist. Denn verglichen mit Deutschland fehlt in Europa die Klarheit in der Abgrenzung nach ganz rechts. Das ist keine gute Entwicklung. Und für die erwähnten Bundesländer ist das auch eine ganz schwierige Lage. Nicht, weil ich damit rechnen würde, dass die AfD dort in irgendwelche Regierungen mit eintritt. Aber erstens verändert es das Klima, hat es schon verändert, wird es weiter verändern. Und das ist ja auch schon ein Problem für Unternehmen. Und zweitens, zumindest in einem Bundesland, kann man nicht ausschließen, so wie Umfragen ausschauen, dass es am Ende vielleicht sogar auch mit 40 Prozent reichen könnte, eine absolute Mehrheit im Parlament zu haben und es plötzlich eine Mehrheit für die AfD gäbe. Das wäre, glaube ich, sicherlich die größte anzunehmende Katastrophe.

Doering: Ihr steht ja mit vielen Unternehmen in Kontakt. Was sind denn jetzt die konkreten Sorgen? Was sind das für Sorgen in den Betrieben?

Techen: In den Betrieben sind es Sorgen, die uns die Mitgliedsgewerkschaften berichten: dass es **in den Belegschaften zum Teil schon zur Spaltung kommt**, dass die einen ein bisschen in die eine Richtung tendieren und die anderen in die andere Richtung. Dass aber auch über Familien berichtet wird, wo es in der Corona-Pandemie Verschwörungstheorien gab. Und das treibt natürlich eine Gesellschaft in der Stimmung umher. Wenn wir aber diejenigen sehen, die jetzt gucken, wie entwickelt es sich im Betrieb? Wir sind ja dafür verantwortlich, dass wir die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut gestalten, dass wir sie besser gestalten. Da geht es um Tarifbindung, da geht es um gute Arbeitslöhne, da geht es aber **natürlich auch um das ganze Thema „Demokratie im Betrieb“** Und es geht auch darum, Betriebsräte zu stärken. Und es gibt schon Befürchtungen davor, was passiert, wenn die AfD irgendwann einmal stärker in einer Regierung beteiligt sein sollte. Gerade wir als Gewerkschaften sind natürlich sensibilisiert mit Blick auf die deutsche Geschichte. Nach dem 1. Mai kommt der 2. Mai, als wir aus den Gewerkschaftshäusern verjagt wurden. Und bei den Betriebsrätinnen und Betriebsräten ist schon das Thema präsent, dass die **betriebliche Demokratie**, wenn auch nicht von heute auf morgen, aber dann irgendwann geschliffen wird. Und natürlich ist das unter Demokratie- und Beteiligungsaspekten etwas, wo wir eine Stärkung benötigen. Das wird uns aus den Betrieben und Gewerkschaften geschildert.

Kretschmer: Ich kann das nur unterstreichen. Zum einen muss man ja sagen, dass die AfD sich Land auf Land ab auch sehr klar positioniert hat **gegen jede Form von Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern**. Den Gewerkschaften wird vorgehalten, sie würden ins Co-Management mit den Eliten treten. Das heißt, das **behindert schon auch ein kooperatives Klima in den Unternehmen**. Zweitens die schon heute spürbare Auswirkung in einigen Regionen, wie uns berichtet wird, dass das große Thema **Fachkräftemangel** schwieriger zu lösen sein wird, weil es tatsächlich viele nichtdeutsche Fachkräfte gibt, die in bestimmten Regionen Deutschlands nicht mehr gehen, weil sie natürlich auch die Berichterstattung verfolgen und im Zweifelsfalle sich auch, bevor sie so einen Arbeitsvertrag unterschreiben, auch mal in der Region umschauen und eben auch verschiedene Erfahrungen machen. Also gibt es schon jetzt konkrete Auswirkungen. Und das wird sicherlich weitergehen, wenn es zu mehr Machtfunktionen der AfD kommt in den Parlamenten oder womöglich sogar in Regierungen. Dass man jetzt nicht sagen kann, dass das ja eine sinnvolle vernünftige Wirtschaftspolitik wäre, die uns da erwartet, sondern auch dort gilt, dass die AfD gerne die Realität in den 70er, 80er Jahren, teilweise 60er Jahren zurückholen würde.

Und da sind einfach, ob wir über klimaneutrales Wirtschaften reden, über digitale Wirtschaft, ob wir über Formen der Mitbestimmung reden, über Arbeitszeitmodelle reden, ob wir über die Beteiligung der Frauen als gleichberechtigte und möglichst auch im gleichen Arbeitsumfang Beschäftigte reden – das sind ja alles Dinge, die sich enorm entwickelt haben in den letzten Jahrzehnten und wo man eben **bei der AfD auf gestrige Konzepte trifft, die auch mit einer gelebten Normalität im Unternehmen nichts zu tun haben**.

Techen: Genau, das Thema Fachkräfte haben wir natürlich auch in Brandenburg ganz stark auf der Agenda und egal, in welche Region wir gehen. Wir sind stark auch in der Lausitz unterwegs, haben besonders den **Strukturwandel** im Blick. Und eine Zeit lang herrschte Arbeitslosigkeit vor, aber weil wirklich viel passiert ist, herrscht jetzt Fachkräftemangel. Und es wirkt sich dann so aus, dass sich der Arbeitsdruck auf die die bestehenden Kolleginnen und Kollegen verschärft bis zu dem Punkt, dass **eine Firma nicht mehr auf dem Markt sein kann, weil sie keine Leute mehr findet**. Die AfD hat das Thema auch auf ihrem Parteitag in Brandenburg thematisiert. Sie wollen eine Fachkräftestudie auf den Weg bringen, die eher sagt: Nein, wir haben gar keinen Fachkräftebedarf. Und so etwas ist natürlich total kontraproduktiv. Und wir erleben das auch so, wie Du gesagt hast, dass andere Menschen aus anderen Regionen dann Deutschland eben überspringen, weil hier **keine Willkommenskultur** herrscht. Und da müssen wir natürlich konkret etwas dagegen machen.

Kretschmer: Ich würde sagen, wir haben, zumindest in den letzten Jahren, mit dem Spruch, wir müssen mehr Personal nach Deutschland holen, etwas leicht gemacht.

Wir haben in Deutschland 20% der Jugendlichen, die ohne Schulabschluss oder ohne qualifizierten Schulabschluss oder auch ohne abgeschlossene Ausbildung auf den Arbeitsmarkt

kommen oder gerade deswegen nicht richtig auf den Arbeitsmarkt kommen, weil sie mit hohen Startschwierigkeiten belastet sind. Wir haben sicherlich auch die Frage, wie wir die sogenannten inneren Reserven besser nutzen können. Also Menschen, die vielleicht freiwillig länger arbeiten wollen, oder Frauen, die auch gerne bereit wären, vielleicht ein höheres Stundenkontingent zu arbeiten, wenn die Betreuungsangebote besser wären. Das sind schon Punkte, wo wir es uns auch in der Vergangenheit vielleicht zu einfach gemacht haben, nur auf den ausländischen Fachkräftemarkt zu schauen. Ich glaube, das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu.

Aber nichtsdestotrotz, in der **ganzheitlichen Fachkräftestrategie** werden wir nicht ohne ausländische Fachkräfte auskommen. Und da ist natürlich eine so fremdenfeindliche, in Teilen rassistische Politik, wie wir sie bei der AfD erleben und die auch das gesellschaftliche Klima beeinflusst, hochgradig hinderlich.

Einen Aspekt möchte ich an der Stelle noch einbringen. Vielleicht bestätigt Ihr das auch aus Eurer Sicht, dass wir auch ein starkes Gefälle in der Wirtschaft erleben. Also Unternehmen, die stark auch international ausgerichtet sind, Lieferketten oder auch Handelsbeziehungen, die, Stichwort zum Beispiel auch deutsche Industrie, exportorientiert sind, werden relativ wenig mit diesem Thema auch intern konfrontiert, weil dort die Notwendigkeit und die **Sinnhaftigkeit von Globalisierung** und auch der Nutzen für den eigenen Arbeitsplatz verstanden wird. Wir sehen das eher in den **freien Berufen, in den kammerorientierten Berufen**, ganz besonders schlimm in Ostdeutschland, und offensichtlich auch in den **Handwerksberufen**, dass es da teilweise wirklich wegrutscht und dass dort die Stimmung hochproblematisch ist.

Techen: Wir haben diese Diskussion. Und als Gewerkschaft, habe ich ja eben schon gesagt, stehen wir dafür, dass wir gute Arbeitsbedingungen haben, dass wir Betriebsräte haben und zu den guten Arbeitsbedingungen gehört natürlich auch ein gutes Entgelt. Jetzt gehen wir auch an die Unternehmen heran: Wenn Ihr im Wettbewerb steht, macht das nicht über die Arbeitskosten nach unten, sondern zahlt Eure Leute nach Tarif. Und wir haben in den ostdeutschen Ländern und auch in Brandenburg eben eine **Tarifbindung**, die nach unten geht. Die Tarifbindung geht in den vergangenen Jahren bundesweit nach unten, aber in Ostdeutschland noch einmal deutlich mehr. Berlin und Brandenburg stehen da an einer letzten Stelle. Und dass wir sagen, wenn Ihr eure Leute nach einem Tarif zahlt, dass Ihr die Tarifbindung nach oben bringt, dann setzt Ihr auch noch mal ein Zeichen, dass Ihr die Kolleginnen und Kollegen bei Euch haltet. Das ist auch ein Thema jetzt im Vorfeld der Landtagswahlen, dass wir sagen, wir brauchen bundesweit eine **Tarifwende-Kampagne**. Und dass wir auch mit Blick auf Brandenburg sagen, da muss was passieren! Und wir fordern von der Politik ein **Vergabegesetz mit Tariftreuregelung**, wie es das in Berlin bereits gibt. Das haben wir in Brandenburg noch nicht. Auch auf Bundesebene ist noch in der Diskussion, dass man sagt, öffentliches Geld, wo wir alle Geld reingeben über Steuern, das kann doch **nur an Betriebe gehen, die auch nach Tarif zahlen**.

Doering: Ist das denn in den Unternehmen schon angekommen? Man kann ja immer sagen, die Politik muss. Klar, es soll ja auch ein Tariftreugesetz auf Bundesebene geben, das habt Ihr ja angesprochen. Aber ist das in den Unternehmen angekommen, dass das vielleicht auch ein Hebel sein könnte, eben in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, dann auch da dem Wählerpotenzial ein bisschen den Grund zu entziehen, weil man jetzt Tarifverträge abschließt, was man bisher nicht gemacht hat?

Kretschmer: Mein Eindruck ist, dass in den **industriellen Sektoren**, wo es immer eine **Sozialpartnerschaft** gegeben hat, auch viel mehr und auch aktiv unternommen wird, dass das sozusagen schon verstanden ist. In anderen Sektoren, glaube ich, wird auf das Thema anders geblickt und werden solche Zusammenhänge auch noch nicht hergestellt.

Doering: Interessant ist das Thema **Handwerksbetriebe**, das Du angesprochen hast. Denn ich glaube, da ist es auch wieder gewerkschaftlich schwierig. Klar, man kann über die Verbände gehen, aber je kleinteiliger es ist, desto schwieriger ist es wahrscheinlich auch, dem dann entgegenzuwirken. Ich meine, das hatte auch **Prof. Wolfgang Schroeder** in seinem [Vortrag](#) gesagt, dass der Knackpunkt oft sogar an der Stelle ist. Das sind gar nicht so sehr die Unternehmen.

Kretschmer: Wir hatten interessanterweise vor kurzem eine Veranstaltung mit **Franziska Giffey und Jörg Steinbach**, wo ein Unternehmer sprach. Spielzeugfabrik, ein Handwerksbetrieb, ein bisschen über 100 Beschäftigte. Der berichtete davon, dass sie einen Haustarif und geregelte Arbeitszeiten haben. Und damit ist es ihnen gelungen, einen echten Wettbewerb um die Handwerker in der Region zu bekommen. Ähnliches berichtet auch ein Kollege von der LEAG, die mit der Deutschen Bahn ein Ausbildungsprojekt in der Lausitz machen. Auch dort entsteht eine solche Situation. Das heißt, dass die Handwerker gerade zum ersten Mal in ihrem Leben damit konfrontiert werden, dass sie nicht allein um Schulabgänger ringen, sondern dass sie plötzlich von allen Seiten einen Wettbewerb um Fachkräfte bekommen und dass die organisierten Kräfte, die die verlässlichen Rahmenbedingungen für die Beschäftigten bieten, dabei weitaus besser abschneiden als der kleine Handwerksmeister, der gegebenenfalls auch noch im Worst Case ein Chef nach Gutsherrenart ist.

Techen: Klar, das ist ein Thema, aber dann muss man gucken, was man gemeinsam mit den **Innungen** machen kann. Und es nicht gleich immer der Flächen-, sondern eben auch ein Hausvertrag, mit dem man sich dann Schritt für Schritt daran anlehnt.

Aber das andere Thema ist die **Ausbildung**. Da sind wir im Moment mit einer großen Komplexität konfrontiert: **Transformation, Digitalisierung, Dekarbonisierung** – wo geht das hin, sowohl in der Gesellschaft als auch mit dem Arbeitsplatz? Und da müssen wir gucken, dass es auch bei Berufsausbildung oder bei Berufsorientierung, dass das ein Suchen und ein Schauen

ist. Das müssen aber auch den Schülerinnen und Schülern, aber eben auch den Unternehmen sagen. Es ist ja nicht mehr so wie früher, erst Schule, dann eine Ausbildung und dann 40 Jahre oder 45 Jahre in einem Betrieb. Jetzt hat man eine Durchlässigkeit und man muss schon früh damit anfangen, in den Schulen wieder diese **Praxisorientierung** einzubringen. Da sind wir sowohl in Berlin, aber auch in Brandenburg dabei, das Thema **Berufsorientierung** stärker zu machen.

Vor allem sollten die Betriebe noch stärker Praktika anbieten, insbesondere qualifizierte **Praktika**. Eine Zeit lang war es üblich, die „Generation Praktikum“ nach der Ausbildung oder noch stärker nach dem Studium hier ein halbes Jahr, dort noch mal ein halbes Jahr und dann noch mal ein halbes Jahr Praktika machen zu lassen. Diese Absolventinnen und Absolventen landen dann in einer Dauerschleife und kommen dann mit Null oder ganz wenig Geld raus. Hier müssen wir schon in der Schule viel stärker drauf achten, dass sich **praktische und berufspraktische Erfahrungen in den Schulalltag integrieren** lassen, dass das angemessen vor- und nachbereitet wird, dass auch wirklich gute Praktika angeboten werden. Das gilt dann auch für die Ausbildung. Und wie sieht denn Ausbildung aus, dass sie auch qualifiziert ist? Wir machen mit unserer DGB-Jugend regelmäßig **Ausbildungs-Reports**. Und es gibt natürlich viele Unternehmen, die eine gute Ausbildung anbieten. Es gibt aber auch viele, in denen der Auszubildende dann eher eine willige Arbeitskraft ist. Da muss man auf die Qualität achten.

Das ist so ein Punkt in Richtung Fachkräfte, aber vielleicht noch mal, was wir jetzt im Vorfeld der Landtagswahlen und auch der Bundestagswahlen machen. Und davor finden auch die Kommunalwahlen in Brandenburg und die Europawahlen statt. Dieses Thema der **Stärkung der Demokratie** und wie wir die Leute noch mehr mitnehmen können, war bei uns als DGB und bei den Mitgliedsgewerkschaften schon immer ein Thema. Dazu gab und gibt es Initiativen, etwa zum Thema Respekt. Aufgrund der jetzigen Situation haben wir unser Engagement hier weiter intensiviert. Wir sind in vielen Bündnissen unterwegs, auf der Bundesebene, in Berlin und Brandenburg sowie in lokalen Bündnissen. Wir treten hier zusammen mit Kirchen, mit Sportvereinen und anderen **zivilgesellschaftlichen Organisationen** auf, um auch nach außen gemeinsam und stark für die Demokratie aufzutreten. Das hat jetzt nach der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche noch mal einen Push bekommen, nachdem bekannt geworden ist, was die AfD eigentlich plant, mit ihrer sogenannten Remigration, und zwar Abschieben, und wen sie abschieben will.

Das machen wir nochmal stark. Es ist auch gelungen, dass sich bundesweit und auch in Berlin und in Brandenburg Initiativen zusammengetan und sich gegenseitig gestärkt haben. Es gab viele Kundgebungen, Demonstrationen. Und das Wichtige daran ist, dass ich sehen kann, meine Nachbarin, mein Nachbar ist auch mit dabei, dass wir geschlossen und stark auftreten, um die Demokratie zu stärken. Das ist das eine. Das andere ist, dass wir auch schauen müssen, **was will die AfD überhaupt?** Was würde passieren? Und dass wir die AfD dann schon

entlarven wollen. Natürlich schauen wir uns auch an, wie haben AfD-Politikerinnen und -Politiker in der Vergangenheit abgestimmt. **Und als es um die Erhöhung des Mindestlohns ging, hat die AfD dagegen gestimmt.**

Und so gibt es viele Bereiche, in denen die AfD gegen ihre vermeintliche Klientele agiert. Das machen wir nochmal sehr deutlich. Auch wenn die Brandenburger AfD ihr Programm zwar beschlossen, aber noch nicht veröffentlicht ist, werden wir das nochmal deutlich machen und **sagen: „Schaut mal, Leute, das ist das, was die wirklich wollen. Mindestlohn, Tarifbindung. Wie stellt Ihr Euch da eigentlich auf?“**

Doering: Kommt diese Aufklärung denn eigentlich an? Das ist ja auch eine Sache, die man auf beiden Ebenen machen kann. Ich habe öfter den Eindruck, dass wir schreiben können und immer wieder schreiben, und am Ende wählen die Leute sie sowieso, obwohl es doch zu ihrem eigenen Schaden sein kann. Kommt das am Ende an, oder ist das schon so auf Durchzug gestellt, dass es fast egal ist?

Techen: Wir müssen schon gezielt immer wieder einladen und noch mehr tun, aber wir haben jetzt schon den Eindruck, dass wir mit unseren Schulungen und Seminaren durchdringen. Dass wir in der Debatte nach vorn kommen.

Kretschmer: Ich würde sagen, wir müssen immer auch überlegen, wen wir da in den Fokus nehmen. Natürlich ist das auch kein neues Phänomen, dass rechtspopulistische, rechtsextreme Strömungen es schaffen, mit kulturell geprägten Narrativen Menschen zu binden, die sogar wissen, dass sie ihren eigenen Interessen mit dieser Entscheidung schaden, weil es sozusagen eine ideologische Aushöhlung gibt. Aber es geht ja auch um Menschen, die vielleicht nicht aus voller Überzeugung die AfD wählen und sich eher aus einer **Haltung des „Gehörtwerdenwollens“** anschließen. Und zweitens geht es doch vor allem auch darum, diejenigen, die in die Auseinandersetzung im eigenen Kollegenkreis, im Freundeskreis, in der Familie gehen wollen, mit Argumenten stark zu machen. Das Problem ist doch auch, dass wir das Phänomen viel zu lange mit einer gewissen Verteufelung belegt haben und damit in dieser Auseinandersetzung nicht für Sprechfähigkeit gesorgt haben. Und wenn ich mich an einen Vortrag von **Professor Armin Nassehi** erinnere, der mich sehr beeindruckt hat, in dem er noch mal versucht hat aufzuschlüsseln, dass es natürlich in diesen rechtsextremen Strömungen in Europa immer nationale Besonderheiten gibt. Was ist das Gemeinsame? Das Gemeinsame, sagt er, ist der **Mangel an Ambiguitätstoleranz in den westlichen Gesellschaften**. Also dass es nicht mehr gelingt, **Differenzen auch auszuhalten, miteinander auch in einen Meinungsstreit zu gehen**, miteinander auch zu wissen, ich muss mich nicht nur in Bestätigungsblasen bewegen, wo mir alle recht geben, sondern ich kann mich sehr wohl auch in Kontexten bewegen, wo wir vielleicht nicht einer Meinung sind und wo wir versuchen, auch andere Menschen anzusprechen, zu

überzeugen, et cetera. Und interessanterweise stellt man fest, wenn man sich dann auch wieder Professor Schroeders Studien über den dramatischen **Rückgang von zivilgesellschaftlichem Engagement**, von ehrenamtlicher Arbeit in zivilgesellschaftlichen Strukturen anschaut, dass die Betriebe – jenseits von Bildungseinrichtungen – fast die letzte verbliebene Institution sind, in denen **Menschen in Differenz zueinander kommen und auch miteinander umgehen müssen**: im Projekt, im Arbeitsalltag, aber insbesondere dann, wenn sie sich nicht in ihre Homeoffices zurückziehen, auch im sozialen Miteinander. Und das finde ich das Spannende. Und da gilt für mich das, was ich vorhin schon mal gesagt habe. Betriebe können in dieser Frage nicht, wenn es um die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geht, dann können **Betriebe sich nicht mehr für neutral erklären**, sondern müssen in dieser Frage **Position beziehen** und müssen die Debatte darum auch in den Unternehmen führen. Und wir sehen, gerade in **sozialpartnerschaftlich geführten Unternehmen**, dass das auch passiert. Dass die Unternehmen hinschauen, dass sie auch mit den Gewerkschaften zusammen, das ist schon auch sehr wichtig, weil es immer ein Problem darstellt in der Auseinandersetzung mit der sehr elitenkritischen AfD, wenn sich jetzt einfach nur das Unternehmensmanagement hinstellt und nach dem Motto sagt: "Hier Leute, die AfD ist blöd, weil das unserem Mehrwert schadet." Sich gemeinsam hinzustellen, in den Austausch zu treten und Menschen zu ermutigen, sich ehrenamtlich zu engagieren, das muss der Weg sein.

Es gibt ja Unternehmen, die ein solches **Engagement auch mit Freizeitbonus und ähnlichen Instrumenten incentivieren**. So etwas halte ich für extrem wichtig, weil es am Ende eben auch um die Ökonomie geht und dann ist der langfristige Return auf dieses Investment sehr, sehr hoch. **Denn wenn es uns gelingt, die Demokratie zu verteidigen und die Rechten zurückzudrängen, dann lohnt das den Aufwand für jeden von uns, gesellschaftlich, aber auch ökonomisch.**

Doering: Sollen da die Unternehmen, die Belegschaften, die Unternehmensführungen noch deutlicher, noch lauter werden?

Kretschmer: Ich weiß gar nicht, ob es um das Lauterwerden geht. Ich bin immer ein bisschen skeptisch bei den großen Appellen und mit dem „wir stehen gemeinsam auf“. Wir haben in den USA gesehen, dass die „Trumpisten“ sehr wohl in der Lage waren, solche Appelle sehr gut in ihre Gegennarrative einzubinden. Ich glaube, es geht vielmehr darum, nach innen zu gehen und nach innen das Gespräch zu suchen.

Wenn Menschen im Betrieb wieder lernen, was sie über Corona verlernt haben, nämlich wie wichtig es ist, miteinander auch um Kompromisse im Alltag zu ringen, im sozialen Miteinander, umso eher sind sie auch wieder in der Lage, diese Erfahrung im politischen Raum anzuwenden. Das ist der Erfolg der Demonstrationen, glaube ich. Dass die Rückeroberung des öffentlichen Raums gelungen ist. Ich glaube, das gilt auch für die Betriebe. Insofern plädiere ich für das

Nach-Innen-Gehen und für das Gespräch nach innen und nicht unbedingt dafür, die laute Stimme in die große Kampagne zu werfen.

Techen: Wir müssen das konkret machen, z.B. über **Betriebsratsgremien**. Wenn wir z.B. auf Brandenburg schauen, hat da auch nicht jeder Betrieb einen Betriebsrat. Hier muss man mit guten Beispielen aufzeigen, dass das gut ist für die Stärkung der Demokratie. Und selbst dort, wo es keine Betriebsräte gibt, kann man versuchen, etwas im Austausch für die Belegschaft zu bekommen.

Ich denke hier beispielsweise an eine **Vereinbarung zwischen Verdi und dem Bankenverband, die dann für alle Unternehmen, ob mit oder ohne Betriebs- oder Personalrat, gilt**. Es handelt sich um eine **Demokratiestunde, einmal im Monat, die es ermöglicht, dass alle in einen Austausch kommen**. Das ist aus meiner Sicht ein gutes Beispiel, das auch in anderen Bundesländern, in anderen Branchen Schule machen kann, ja muss. Das ist das eine. Das andere, was wir uns wirklich kritisch anschauen müssen, ist der ganze Komplex Social Media. Man muss den Schülerinnen und Schülern, man muss aber auch der Gesellschaft noch mal stärker sagen: Was hat das eigentlich für Auswirkungen, auch auf die Demokratie, wenn man kommentiert, ohne sich mit Klarnamen zu nennen? Das ist ja ein Verstecken. Das ganze Thema **Medienbildung** müssen wir bereits in der Schule, in der Ausbildung, im Studium verstärken. Und uns fragen, welche Folgen das für die Demokratie hat. Dieser Austausch – gerade auch über die kritischen Punkte von Social Media – muss noch viel stärker stattfinden.

Doering: Es ist interessant, dass Ihr ganz viele Gründe und auch gleich mögliche Strategien im Umgang damit genannt habt. Ihr habt aber nicht gesagt: „Die Inflation ist das große Problem und es wird alles teurer und deswegen sagen die Leute das (...) oder verhalten sich so...“ Ich verkürze ein bisschen, aber manchmal wird ja so argumentiert. Sind diese steigenden Preise und damit auch die Sorge, sich das Leben nicht mehr leisten zu können, ein Treiber? Oder spielt das eigentlich nicht die große Rolle?

Techen: Doch, das spielt schon eine große Rolle. Die Hans-Böckler-Stiftung macht regelmäßig eine Befragung und als das Thema Inflation stark wurde, konnte sie auch die Zunahme der AfD beobachten. Das sehen wir auch in den Diskussionen, wenn wir vor Ort sind, das treibt die Leute um, wie sie ihren **Einkauf** bezahlen, wie sie ihre **Miete** bezahlen. Das ist in Berlin ein großes Thema. Das spielt auch Berlin-nah eine große Rolle. Danach kam **Energie** also großes Thema. Da ist schon eine große Verunsicherung bei den Leuten zu spüren. Es sind Menschen, die verunsichert sind, die sich große Sorgen um die Zukunft machen, mit Blick auf die Finanzen, aber auch in Richtung Arbeitsplatz.

Erst vor wenigen Tagen wurde die Trendstudie „**Jugend in Deutschland 2024**“ veröffentlicht. Dass sich 22 Prozent der jungen Menschen vorstellen können, die AfD zu wählen, finde ich sehr beunruhigend. Umgekehrt haben aber auch 40 Prozent oder mehr große Angst und sind besorgt

wegen der Spaltung der Gesellschaft. Wiederum hier etwas zu tun, dass die Gesellschaft zusammenbringt, ist auch für junge Menschen ein wichtiges Thema.

Doering: Dann ist man wieder bei der Ausbildungsfrage, über die wir am Anfang gesprochen haben.

Kretschmer: Ergänzen und gar nicht widersprechen möchte ich eine Perspektive, die ich in der Wirtschaft erlebe. Was wir sehen, ist, dass es einen unglaublichen **Vertrauensverlust in die Politik** gibt. Dazu tragen dann, einerseits, Streitigkeiten innerhalb der Regierung bei, wo eine Partei die Opposition zur eigenen Regierung bildet. Dazu tragen auch mangelndes Zuhören, auch mangelndes Akzeptieren von kritischen Sichtweisen bei.

Dazu trifft aber andererseits auch bei, dass, wenn man schon bestimmte politische Entscheidungen trifft, die wehtun, aber vielleicht notwendig sind, dass es dann ein ständiges Hin und Her gibt, Entscheidungen über Nacht exekutiert werden. Es geht um die Frage von Zuverlässigkeit und Planbarkeit.

Ich will nicht bestreiten, dass es sich wahrscheinlich um die **schwierigste Legislatur handelt, die eine Regierung in der Nachkriegsgeschichte hatte, mit Corona und Krieg**. Trotzdem muss man sagen, dass an der Stelle schon auch Vertrauen verloren gegangen ist und dass dieser Vertrauensverlust dazu führt, dass es Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Wirtschaftsorganisationen immer schwerer fällt, noch Begeisterung für Demokratie und Politik auszustrahlen. Das nehmen wir schon wahr.

Doering: Das ergänzt wahrscheinlich die ohnehin wahrgenommene Verunsicherung angesichts von Digitalisierung und Transformation. Wenn dann noch die klare Linie fehlt, verstärkt das die Unsicherheit. Apropos Böckler-Studie, die Befragten gaben als einen Grund für Unzufriedenheit **zu wenig Mitbestimmung oder zu wenig Wahrnehmung der eigenen Bedürfnisse im Job** an. Das ist natürlich ein Gewerkschaftsthema bzw. ein Betriebsratsthema. Aber das ist ja auch ein Thema, wo Betriebsräte und Unternehmen zusammenarbeiten können.

Techen: Auf alle Fälle.

Kretschmer: Ja, gerade in mittleren oder größeren Unternehmen ergibt es aus ganz unterschiedlichen Gründen viel Sinn, die **Sozialpartnerschaft zu stärken**. Das macht es auch einfacher, solche gesellschaftspolitischen Themen zu adressieren. Das bringt mich auch noch einmal zu den Demonstrationen, die wir in den vergangenen Wochen erlebt haben. Ich fände es gut, wenn wir noch einmal stärker darüber nachdenken, wie wir **aus der Mitte der Gesellschaft dazu beitragen können, ein Bündnis aus der Mitte der Gesellschaft zu schmieden und diese Bewegung dauerhaft zu tragen, um die Verteidigung der Demokratie voranzubringen**.

Doering: Danke Euch beiden für das Gespräch. Wir werden das Thema weiterverfolgen.